



VPL Newsletter

Ausgabe 1 / 14

Liebe VPL-Mitglieder

Es macht mich ausserordentlich stolz, Ihnen unseren ersten Newsletter präsentieren zu können. Dieser wird zukünftig quartalsweise erscheinen und jeweils über die Tätigkeiten des Vereins informieren.

Unser Verein war seit der Gründung vom 14. Januar 2014 sehr aktiv. Nebst der Mitlancierung und Begleitung der Ernährungssicherheitsinitiative, haben wir Informationsveranstaltungen organisiert und Gespräche geführt.

Mit dem erfolgreichen Zustandekommen der Ernährungssicherheitsinitiative ist der Stein jedoch erst

platziert. Ins Rollen kann er erst kommen, wenn entsprechende Umsetzungsmassnahmen vorgeschlagen werden.

Hier besteht unser Hauptinteresse. Die im VPL-Vorstand vertretenen Nationalräte haben in der Sommersession 2014 entsprechend vier parlamentarische Vorstösse eingereicht, die konkrete Vorschläge für die Umsetzung der Ernährungssicherheit beinhalten.

Die Stossrichtung des Steines kennen wir. Nun ist es an der Zeit ihn ins Rollen zu bringen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Nationalrat Rudolf Joder, Präsident VPL

Stand politische Vorstösse

National



Vorstösse Nationalrat Rudolf Joder

Am 20. Juni hat Nationalrat Rudolf Joder zwei Parlamentarische Vorstösse eingereicht. Die beiden Vorstösse sind auch von Nationalrat Markus Ritter (CVP), Präsident des Schweizer Bauernverbandes (SBV) und Nationalrat Jacques Bourgeois (FDP), Direktor des SBV unterzeichnet worden. Damit wird dokumentiert, dass parteiübergreifend zwischen CVP, FDP und SVP die Zusammenarbeit für eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik verstärkt wird.

Begründung:

Seit dem Jahr 2000 sind in der Schweiz weitere 13'000 Landwirtschaftsbetriebe und über 40'000 landwirtschaftliche Arbeitsplätze verschwunden. Damit die Ernährungssicherheit umgesetzt werden kann, muss in der Schweiz eine eigenständige Landwirtschaft erhalten bleiben. Zur Erreichung dieses Ziels sind die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu verbessern. Eine Massnahme dazu ist die Beschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Gütern.

Parlamentarische Initiative Joder Sicherung der Ernährungssicherheit

Antrag:

Gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung und Art. 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende Parlamentarische Initiative ein:

Das geltende Recht ist so abzuändern, dass Bundesrat und Bundesverwaltung verpflichtet werden dafür zu sorgen, dass bei der Aushandlung von Staatsverträgen und bei der Änderung von Staatsverträgen die bestehende einheimische landwirtschaftliche Produktion im Interesse der Ernährungssicherheit geschützt und zu diesem Zweck die Einfuhr von Lebensmitteln beschränkt wird.

Motion Rudolf Joder

Administrative Entlastung für die Landwirtschaft

Antrag:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Rechtsgrundlagen so anzupassen, dass der administrative Aufwand und die Auflagen zu Lasten der Landwirtschaft generell reduziert, die Direktzahlungssysteme vereinfacht und die Kontrollverfahren gestrafft werden.

Begründung:

Der administrative Aufwand in der Landwirtschaft hat massiv zugenommen und belastet die Landwirtschaft schwer. Die Folge davon ist eine Kostensteigerung, die reduziert werden muss. Deshalb besteht gesetzgeberisch Handlungsbedarf.

Vorstösse Nationalrat Ernst Schibli

Unser Vorstandsmitglied Ernst Schibli hat am 20. Juni 2014 ebenfalls folgende zwei Parlamentarsiche Vorstösse eingereicht.

Parlamentarische Initiative Schibli Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Direktzahlungen

Antrag:

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Rechtsgrundlagen zu den Direktzahlungen sind so umzuformulieren, dass die Produzierende Landwirtschaft nicht benachteiligt wird.

Begründung:

Die Rechtsgrundlagen zu den Direktzahlungen der AP 2014-17 benachteiligen in der jetzigen Ausformulierung die produzierende Landwirtschaft. Anstatt die vielfältigen Aufgaben und Leistungen der Landwirtschaftsbetriebe für unser Land und die Bevölkerung zu würdigen und abzugelten, wird die Landwirtschaft mit der vorliegenden Rechtsgrundlagen der Lächerlichkeit preisgegeben. Anders können die Direktzahlungen für Hausgärten, Steinhäufen, Blumenschmuck an Bauernhäusern, Sitzbänke an Waldrändern etc. nicht gedeutet und eingestuft werden. Dagegen werden Tierbeiträge vollständig gestrichen und Flächenbeiträge massiv reduziert, um die landwirtschaftliche Produktion zu senken. Damit wird erreicht, dass die Bauernbetriebe keine Existenz mehr haben, zur Aufgabe gezwungen werden, und dadurch noch mehr Nahrungsmittel importiert werden müssen.

Eine solche Ausrichtung der Rechtsgrundlagen für die Direktzahlungen widerspricht dem verfassungsmässigen Auftrag, den die Landwirtschaft für die Schweiz zu erfüllen hat. Der tiefste Selbstversorgungsgrad aller Länder in Europa lässt keine weiteren Abstriche in der einheimischen Nahrungsmittelproduktion mehr zu. Darum ist die Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Direktzahlungen, gegen die Benachteiligung der produzierenden Landwirtschaft, zu korrigieren.

Interpellation Schibli Auswirkungen eines institutionellen Abkommens mit der EU für die Landwirtschaft

Im Rahmen der Diskussion um ein institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der EU wird der Bundesrat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchen Bereichen des Tierschutzes hat die Schweiz härtere Vorschriften als die EU (Tiertransporte etc.) und wie müssten diese angepasst werden?
2. Die EU verhandelt mit den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP). Inwiefern wäre die Schweizer Landwirtschaft konkret (in welchen Bereichen, welche Nahrungsmittel, welche Produktionsarten etc.) davon betroffen, wenn wir ein institutionelles Abkommen mit der EU hätten?
3. Müsste die Schweiz mit Abschluss eines institutionellen Abkommens im Agrarbereich das gesamte oder Teile der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) übernehmen müssen, um die Freiheit des beidseitigen Marktzuganges zu gewährleisten? Welche Teile wären davon betroffen?
4. Würde die automatische Rechtsübernahme in Bereichen der vier Grundfreiheiten nicht automatisch zu einem Freihandel zwischen der Schweiz und der EU führen? Wenn nicht, wie gedenkt der Bundesrat ein solches zu verhindern?

Kantonal



Motion Knutti / Graber

Die Grossräte Thomas Knutti, Vizepräsident VPL und Samuel Graber, Vorstandsmitglied VPL, haben im März 2014 im Kanton Bern die untenstehende Motion eingereicht. Gerne informieren wir in einem nächsten Newsletter über den Verlauf dieser Motion.

Motion Knutti, Weissenburg (SVP) Graber, Horrenbach (SVP)

Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft

Der Regierungsrat wird aufgefordert,

1. den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft zu reduzieren.
2. die Kontrollen auf den Landwirtschaftsbetrieben zu optimieren und auf ein Minimum zu beschränken.
3. bei Landwirtschaftsbetrieben, bei denen keine grundsätzlichen Veränderungen von statten gingen, höchstens alle fünf Jahre eine Kontrolle vorzunehmen.
4. die Anzahl von Verwaltungsangestellten beim Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) zu reduzieren.

Begründung:

Nachdem das Parlament die Agrarpolitik 2014 - 2017 verabschiedet hat, kommt jetzt für die Landwirtschaftsbetriebe eine erste Umsetzungsphase. Für viele Bauernfamilien wird der bürokratische Aufwand zu einer riesen Belastung und kann nur noch mit Unterstützung eines Beraters fachgerecht erledigt werden. Es stellt sich klar die Frage: Wollen wir Landwirte, die sich eine aufgeblähte Bürokratie betreiben müssen oder solche, die eine sorgfältige Produktion auf unserem wertvollen Kulturland betreiben?

Leider führt die Umsetzung der Agrarpolitik 2014 - 2017 in eine extensive Landwirtschaft mit vielen unmöglichen Programmen, welche eine sehr grosse Kontrolltätigkeit auslösen werden. Nebst den bisherigen Frühlings- und Herbst- muss jetzt sogar eine Wintererhebung gemacht werden. Die verschiedenen Beitragsprogramme werden mit der neuen Agrarpolitik zu einer riesen Kontrollflut in der Landwirtschaft führen. Es können folgende Programme angemeldet werden: ÖLN/BIO, Extenso, BTS/RAUS, Biodiversitätsförderflächen (BFF) mit Qualität und/oder Vernetzung, Kulturlandschaftsbeiträge, Versorgungssicherheitsbeiträge und Übergangsbeiträge. Sömmerungsbetriebe können sich zusätzlich für Grün- und Streueflächen anmelden. Bewirtschaftenden und Bewirtschafteter, die beim Projekt zur ökologischen Vernetzung mitmachen und Vernetzungsbeiträge erhalten, sind gemäss den Weisungen des Kantons verpflichtet, an einer Beratung teilzunehmen. Wer nicht teilnimmt, verliert seine Beitragsberechtigung. Die Beratungen nehmen rund drei Stunden in Anspruch und finden in Gruppen statt. Der Kanton bezahlt für die Beratungen pro Teilnehmer Fr. 50.-. Im Kanton Bern werden künftig ca. 1'000 solche Beratungskurse durchgeführt.

Durch die grossen Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik ist es dringend notwendig, dass der administrative Aufwand gesenkt und nicht noch mehr ausgebaut wird. Die Kontrollen auf den Landwirtschaftsbetrieben sind gering zu halten und nur bei betrieblichen Veränderungen vorzunehmen. Wenn weniger Kontrollen durchgeführt werden, wird das Vertrauen zu den Kontrolleuren gestärkt. Ebenfalls sollten beim Amt für Landwirtschaft und Natur keine weiteren Arbeitsplätze geschaffen, sondern reduziert werden.

Blickwinkel

(M)eine Sichtweise



Der Blickwinkel bietet jeweils einem Mitglied des VPL die Möglichkeit seine Sicht zu einem bestimmten Thema kund zu tun. Die Themenwahl ist frei und soll unseren Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre bieten. Als erstes hat sich VPL-Vorstandsmitglied Martin Schlup bereit erklärt, uns seine Sichtweise zu einem Thema darzulegen.

Ernährungsperspektiven

Brot, Zucker, Kartoffel, Rapsöl, Futtergetreide, Früchte, Käse, Fleischprodukte; alles qualitativ hochwertige Nahrungsmittel produzieren wir hier auf diesen Feldern! Gestalten und pflegen damit auch die Landschaft und verhelfen damit auch zum Image der schönen Schweiz und unterstützen damit zudem noch den Schweizer Tourismus. Zugleich sind das einige 100'000 konjunkturunabhängige Arbeitsplätze im Bauwesen, Maschinenmarkt, in der Verarbeitung und Holzwirtschaft.

Verschiedene Studien zeigen eine eindeutige Richtung. In Zukunft werden die Nahrungsmittel immer wichtiger! Weltweit rechnet man bis ins Jahr 2050 mit einer Verdoppelung des Nahrungsmittelbedarfs. Wollen wir unseren tiefen Selbstversorgungsgrad von ca. 50 % aufrechterhalten, bedingt das eine Produktionssteigerung von 15 % pro 10 Jahre. Sieht nach nicht sehr viel aus, aber wir sind ja jetzt schon daran interessiert gute Erträge zu realisieren aber unser Hauptfaktor betreffend Ertrag ist und bleibt die

Natur, z.B. Krankheiten, Schädlinge und vor allem das Wetter.

Es ist Ressourcenverschwendung wenn wir hier bestes Ackerland noch mehr extensivieren dafür immer mehr Nahrungsmittel importieren müssen und hier dazu noch vielfältige, sichere Arbeitsplätze vernichten. Viele importierte Lebensmittel kommen aus Ländern wo die eigenen Leute hungern, ausgebeutet werden, oder aus trockenen Gebieten wo für diese Produktion rares Grundwasser verschleudert wird oder gar Regenwald geopfert wird. Zudem gibt es dort oft auch keine Produktionsrichtlinien oder sie werden gar nicht kontrolliert „China lässt grüssen“. Eigentlich sollte kein Land Lebensmittel exportieren dürfen, solange eigene Leute im Land hungern und allfällige Devisen gehen dann eh meist in die Korruption. Die Schweizer Landwirtschaft hat die strengsten Produktionsvorschriften z.B. im Tierschutz. Sie achtet die Natur seit Jahrhunderten, sonst wäre es hier wohl nicht so schön. Wir dürfen dies nicht zugunsten von industrieller Produktion und immensen Massentierhaltungen aus dem Ausland opfern! Wir Landwirte wollen nicht mehr als, dass das Gleiche mit gleichem verglichen wird und damit gleich lange Spiesse für die Produktion gesunder Nahrungsmittel herschen.

Wir, respektive unsere Nachfolger brauchen Perspektiven. Gesunde, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel sind unser Metier. Heute gibt es auf 2-3 Landwirte schon fast einen landwirtschaftlichen Beamten oder Kontrolleur! Das bringt uns nicht weiter, und von Formularen ist noch Niemand satt geworden. Das ist keine Motivation für junge, gute Betriebsleiter und genau diese werden wir in Zukunft brauchen.

Also, besinnen wir uns, stärken eine gesund produzierende Landwirtschaft und sichern uns damit unsere Ernährungssicherheit sowie die vielfältige, wertvolle Landschaft und auch sichere Arbeitsplätze. Die nächsten Generationen werden uns dankbar dafür sein.

„Es ist nicht unsere Aufgabe die Zukunft voraus zu sehen, aber auf sie vorbereitet zu sein!“

Sonstige Informationen

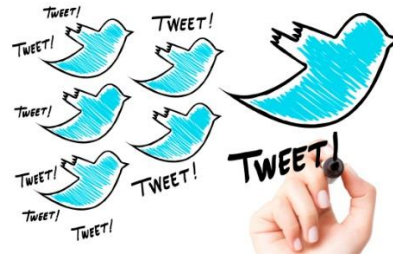
Initiative für Ernährungssicherheit



Einreichung der Initiative am 8. Juli 2014

Das Initiativkomitee hat entschieden, die Initiative für Ernährungssicherheit am Dienstag, 8. Juli 2014, einzureichen. Mit Delegationen aus allen beteiligten Institutionen und den kantonalen Bauernverbänden, welchen bei der Unterschriftensammlung eine zentrale Rolle zukam, werden die Unterschriften im Rahmen eines festlichen Umzuges, der Bundeskanzlei übergeben.

Social media



Twitter und Facebook

Der VPL ist auch auf sozialen Netzwerken präsent und informiert zeitnah und aktuell über interessante Geschehnisse.

Unser [Twitter-Profil](#)

Unser [Facebook-Profil](#)

Termine



Weitere Termine des VPL

08.07.2014	Einreichen Initiative	Bern
28.10.2014	Informationsanlass	Langnau

Impressum:

Redaktion: Sekretariat VPL

Kontakt: vanessa.lincoln@bluewin.ch
Erscheinungsweise: 4x pro Jahr

Ausgabe 1 / 14 vom 1. Juli 2014

Besuchen Sie uns auf
www.produzierende-landwirtschaft.ch